

## Presse – Ausschnitt Eichstätter-Kurier vom 20.02.2023

### Umbau der „Hörnlein“-Kreuzung könnte 2025 starten

Planfeststellungsverfahren soll im Frühjahr beantragt werden – Anvisierte Kosten waren einmal 25 Millionen Euro



So könnte sie in Zukunft aussehen: die „Hörnlein“-Kreuzung.

Foto: Staatliches Bauamt Ansbach

Von Markus Steiner

**Weißenburg** – Um den Umbau der sogenannten „Hörnlein“-Kreuzung in Weißenburg ist es still geworden. Eigentlich war geplant, den umfangreichen, kostenintensiven und kreuzungsfreien Umbau bereits 2021 zu beginnen. Doch das Straßenbauprojekt ist gehörig ins Stocken. Die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren sollten längst eingereicht sein. Aber auch das ist laut Heinrich Schmidt, dem Behördenleiter des Staatlichen Bauamts Ansbach, noch immer nicht passiert.

Ursprünglich wollte die Behörde, wie bereits berichtet, bis zum Ende des Jahres 2019 die Unterlagen fertig haben, dann war von „im Lauf des Jahres 2021“ die Rede. Ein Termin, der ebenfalls nicht gehalten werden konnte. Eine erneute Nachfrage unserer Zeitung ergab: Das Staatliche Bauamt Ansbach bereitet aktuell noch

immer die Planfeststellungsunterlagen vor. Mit dem Ziel, das Planfeststellungsverfahren in Kürze bei der Regierung von Mittelfranken zu beantragen. Ziel dieses Verfahrens ist es, dass das Projekt endlich das Baurecht erhält. Ein genaues Datum kann Schmidt zufolge noch immer nicht genannt

werden. Er geht von März oder April aus. Nach Beantragung dieses Planfeststellungsverfahrens werden die Planunterlagen einmal öffentlich ausgelegt. Ziel ist es Schmidt zufolge, den bestmöglichen Konsens für alle Beteiligten zu erreichen.

Die große Unbekannte für

das weitere Vorgehen sei aber die Möglichkeit, gegen den Erlass zu klagen. Schmidt: „Der zeitliche Ansatz für ein solches Klageverfahren ist nicht abzuschätzen.“ Ohne Klage sei aber ein Baubeginn bei optimalem Verlauf des Planfeststellungsverfahrens aus seiner Sicht noch 2025 möglich. Der Leiter

des Staatlichen Bauamts Ansbach merkt aber auch an, dass die Planung durch den zeitlichen Verzug nicht gerade leichter wurde: In den vergangenen zwei Jahren sei es zu etlichen Gesetzes- und Richtlinienänderungen gekommen, die in die Planungen eingearbeitet werden mussten, wie zum Beispiel Neuregelungen beim Lärmschutz, den Luftschadstoffen oder der Entwässerung. Ebenso wurde eine umfangreiche Aussage zu den Auswirkungen auf das globale Klima gefordert.

Die größte Änderung ist laut Schmidt die Anlage eines Retentionsbodenfilters, der das anfallende Straßenwasser reinigt und drosselt, bevor es in den Vorfluter eingeleitet wird. Deshalb könne man auch absolut keine genauen Angaben zu den Kosten machen, die schon einmal mit 25 Millionen Euro angegeben wurde. Eines steht fest: Billiger wird es sicher nicht. *EK*